**Dritte Durchführungsbestimmung¹
zur Verordnung
über die Gewährung staatlicher Unterstützung
und betrieblicher Ausgleichszahlung
an Bürger während der Zeit der Arbeitsvermittlung
vom 27. April 1990**

Auf Grund des § 10 der Verordnung vom 8. Februar 1990 über die Gewährung staatlicher Unterstützung und betrieblicher Ausgleichszahlung an Bürger während der Zeit der Arbeitsvermittlung (GBl. I Nr. 7 S. 41) wird folgendes bestimmt:

Zu § 2 Abs. 1 und § 4 der Verordnung:

§ 1

(1) Anspruch auf Unterstützung haben auch Bürger, die innerhalb der letzten 3 Jahre vor Inkrafttreten der Verordnung aus dem zuletzt bestehenden Arbeitsrechtsverhältnis, Dienstverhältnis oder Mitgliedschaftsverhältnis ausgeschieden sind, soweit die geforderten Voraussetzungen — einschließlich der in Abs. 2 genannten — vorliegen.

(2) Die Voraussetzung gemäß § 2 Abs. 1 2. Anstrich der Verordnung gilt auch als erfüllt, wenn der Bürger in den letzten 3 Jahren vor der Meldung insgesamt mindestens 12 Monate versicherungspflichtig tätig war.

§ 2

Altersrentner bzw. Empfänger einer entsprechenden Versorgung haben Anspruch auf Ausgleich oder Unterstützung gemäß § 9 der Zweiten Durchführungsbestimmung zur Verordnung, wenn sie aus ihrem Arbeitsrechtsverhältnis, Dienstverhältnis oder Mitgliedschaftsverhältnis nach dem 8. Dezember 1989 ausgeschieden sind.

§ 3

Dem Ausscheiden aus dem Mitgliedschaftsverhältnis mit einer Genossenschaft der Landwirtschaft ist die Auflösung der Arbeitsvereinbarung durch die Genossenschaft gleichgestellt, auch wenn einzelne Rechte und Pflichten aus dem Mitgliedschaftsverhältnis fortbestehen.

Zu § 2 Abs. 2 der Verordnung:

§ 4

Die Regelung des § 2 Abs. 2 Satz 1 der Verordnung findet gleichermaßen Anwendung auf die Beendigung des Arbeitsrechtsverhältnisses durch Abberufung auf Antrag des Bürgers sowie für die Beendigung des Dienstverhältnisses oder des Mitgliedschaftsverhältnisses auf Wunsch des Bürgers.

Zu § 4 der Verordnung:

§ 5

- Für Bürger,
- die vor dem 9. Dezember 1989 aus dem zuletzt bestehenden Arbeitsrechtsverhältnis, Dienstverhältnis oder Mitgliedschaftsverhältnis ausgeschieden sind und Anspruch auf Ausgleichszahlung haben,
 - die unmittelbar vor der Antragstellung aus dem aktiven Wehrdienst auf Zeit ausgeschieden sind und die vor dem Antritt des aktiven Wehrdienstes nicht in einem Arbeitsrechtsverhältnis, Dienstverhältnis oder Mitgliedschaftsverhältnis standen oder
 - deren zuletzt bestehendes Arbeitsrechtsverhältnis befristet war,

wird die Ausgleichszahlung vom Arbeitsamt übernommen.

Zu § 7 Abs. 1 der Verordnung:

§ 6

(1) Kommt der Bürger einer Aufforderung des Arbeitsamtes, sich zu melden, trotz Belehrung über die Rechtsfolgen

^{*} (Erste) Durchführungsbestimmung vom 16. Februar 1990 (GBl. I Nr. 12 S. 93).

Zweite Durchführungsbestimmung vom 22. Februar 1990 (GBl. I Nr. 12 S. 84)

ohne wichtigen Grund nicht nach, so ruht der Anspruch auf Unterstützung und Ausgleichszahlung für 2 Wochen, ab dem Tage nach dem Meldetermin.

(2) Versäumt der Bürger innerhalb der 2 Wochen gemäß Abs. 1 einen weiteren Meldetermin trotz Belehrung über die Rechtsfolgen und ohne wichtigen Grund, so ruht der Anspruch auf Unterstützung und Ausgleichszahlung bis zur persönlichen Meldung des Bürgers beim Arbeitsamt, mindestens um weitere 4 Wochen.

§ 7

(1) Diese Durchführungsbestimmung tritt mit ihrer Veröffentlichung in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt § 2 der Zweiten Durchführungsbestimmung vom 22. Februar 1990 zur Verordnung über die Gewährung staatlicher Unterstützung und betrieblicher Ausgleichszahlung an Bürger während der Zeit der Arbeitsvermittlung (GBl. I Nr. 12 S. 94) außer Kraft.

(3) Anträge von Bürgern auf Unterstützung, die auf der Grundlage des § 2 der Zweiten Durchführungsbestimmung abgelehnt wurden, sind erneut zu prüfen und bei Vorliegen der geforderten Voraussetzungen zu bestätigen. Besteht Anspruch auf Unterstützung, wird in diesen Fällen die Ausgleichszahlung gemäß § 4 der Verordnung vom Arbeitsamt übernommen. Das Arbeitsamt hat die betreffenden Bürger unverzüglich zu informieren.

(4) Der § 9 Abs. 1, Satz 2 und 3 der Zweiten Durchführungsbestimmung zur Verordnung erhält folgende Fassung:

„Übersteigen Invaliden- oder Altersrenten bzw. eine entsprechende Versorgung und die Ausgleichszahlung zusammen 1 000 Mark im Monat, wird die Ausgleichszahlung um den übersteigenden Betrag gemindert. Die Höchstbegrenzungen von 500 Mark und 1 000 Mark im Monat gelten nicht für die Empfänger von Blinden- und Sonderpflegegeld.“

(5) Der § 9 Abs. 2 der Zweiten Durchführungsbestimmung zur Verordnung wird wie folgt ergänzt:

„Übersteigen Invaliden- oder Altersrenten bzw. eine entsprechende Versorgung und die Unterstützung zusammen 1 000 Mark im Monat, wird die Unterstützung um den übersteigenden Betrag gemindert. Die Höchstbegrenzungen von 500 Mark und 1 000 Mark im Monat gelten nicht für die Empfänger von Blinden- und Sonderpflegegeld.“

Berlin, den 27. April 1990

Der Minister
für Arbeit und Soziales
Dr. Hildebrandt

**Anordnung
über das Statut
der Genossenschaftsbank Berlin
vom 30. März 1990**

§ 1

Auf der Grundlage des § 11 des Gesetzes vom 19. Dezember 1974 über die Staatsbank der Deutschen Demokratischen Republik (GBl. I Nr. 62 S. 580) in der Fassung des Gesetzes vom 6. März 1990 zur Änderung des Gesetzes über die Staatsbank der Deutschen Demokratischen Republik (GBl. I Nr. 16 S. 125) wird das Statut der Genossenschaftsbank Berlin (Anlage) bestätigt.

§ 2

Die Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Bank für Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft der DDR gemäß Anordnung vom 17. November 1969 (GBl. II Nr. 93 S. 575) bleiben bis zur Bestätigung der Geschäftsbedingungen der Genossenschaftsbank Berlin in Kraft.